

3. *beglückwünscht* das Volk von Haiti zu seiner friedlichen Beteiligung an der ersten Runde der Gemeinde- und Parlamentswahlen und fordert die Regierung und die politischen Parteien in Haiti zur Zusammenarbeit auf, damit im Einklang mit der haitianischen Verfassung der geordnete, friedliche, freie und faire Ablauf der letzten Phase der Gemeinde- und Parlamentswahlen und der für Ende dieses Jahres anberaumten Präsidentschaftswahlen gewährleistet ist;

4. *verleiht seiner tiefen Besorgnis Ausdruck* über die bei der ersten Runde der Gemeinde- und Parlamentswahlen beobachteten Unregelmäßigkeiten und *fordert* alle Parteien in dem Wahlvorgang *nachdrücklich auf*, alles zu tun, um sicherzustellen, daß diese Probleme bei künftigen Wahlgängen behoben werden;

5. *begrüßt* die Anstrengungen, die Präsident Jean-Bertrand Aristide auch weiterhin unternimmt, um eine nationale Aussöhnung herbeizuführen und fordert den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten auf, den Wahlvorgang in Haiti auch weiterhin in jeder geeigneten Weise zu unterstützen;

6. *erklärt erneut*, wie wichtig eine voll funktionsfähige, ausreichend große und entsprechend strukturierte Polizei für die Konsolidierung der Demokratie und die Neubelebung des Justizwesens in Haiti ist;

7. *stellt fest*, daß dem Zivilpolizeianteil der UNMIH beim Aufbau einer solchen Polizei eine Schlüsselrolle zukommt;

8. *erinnert an* die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, bei der wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Entwicklung Haitis Hilfe und Unterstützung zu gewähren, und *betont*, wie wichtig dies für die Aufrechterhaltung eines sicheren und stabilen Umfelds in Haiti ist;

9. *beschließt*, im Hinblick auf die Erreichung der in Resolution 940 (1994) festgelegten Ziele das Mandat der UNMIH um einen Zeitraum von sieben Monaten zu verlängern, und *erwartet*, daß der Auftrag der UNMIH bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein und eine neue, verfassungsmäßig gewählte Regierung unter sicheren und geordneten Bedingungen ihre Amtsgeschäfte aufgenommen haben wird;

10. *fordert* die Staaten und internationalen Institutionen *auf*, der Regierung und dem Volk Haitis bei der Konsolidierung der auf dem Weg zu Demokratie und Stabilität erzielten Fortschritte auch weiterhin behilflich zu sein;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat über die bei der Erfüllung des Mandats der UNMIH erzielten Fortschritte zu unterrichten und *ersucht* den Generalsekretär zu diesem Zweck *außerdem*, dem Rat in der Hälfte der Mandatsperiode Bericht zu erstatten;

12. *bekundet* dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und den Mitgliedern und Bediensteten der UNMIH und der MICIVIH *seine Hochachtung* für ihren jeweiligen Beitrag zur Unterstützung des Volkes von Haiti bei seinen Bemühungen um eine starke und dauerhafte Demokratie, eine verfassungsmäßige Ordnung, wirtschaftlichen Wohlstand und nationale Aussöhnung;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befaßt zu bleiben.

## Die Ergebnisse der Londoner Bosnien-Konferenz vom 21. Juli 1995.

Erklärung des Konferenzvorsitzenden, des britischen  
Außenministers Malcolm Rifkind

(Wortlaut)

Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich sollte betonen, daß dies eine Erklärung des Vorsitzenden ist, das heißt, eine Erklärung, die die bei dem Treffen ausgedrückten Ansichten widerspiegelt. Es ist wichtig, daß es als eine Erklärung des Vorsitzenden wiedergegeben wird.

Ich beginne mit einer Erklärung des Vorsitzenden zu dem Ergebnis des Treffens heute in London.

Premierminister John Major eröffnete am 21. Juli in London ein Treffen von Vertretern Bangladeschs, Belgiens, Kanadas, Dänemarks, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Rußlands, Spaniens, Schwedens, der Türkei, der Ukraine, der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, der NATO, sowie des Vereinigten Königreichs selbst. Ich habe die Diskussion geleitet.

Das Treffen erinnerte an das UNPROFOR-Mandat, Leben zu retten, von Angriffen gegen Sicherheitszonen abzuschrecken und den politischen Prozeß zu stützen. Soldaten und Zivilisten haben ihre Leben für die Prinzipien gegeben, auf denen diese Arbeit beruht.

Die Lage in Bosnien und die Zukunft der Vereinten Nationen befindet sich nun an einem Wendepunkt. Das Treffen unterstrich die Dringlichkeit und Wichtigkeit, eine politische Lösung zu erreichen. Es begrüßte den Fortschritt Carl Bildts in seinen Verhandlungen bezüglich gegenseitiger Anerkennung Belgrads und Sarajevos und gab seine volle Unterstützung dazu, die Verhandlung abzuschließen und ihre Vorkehrungen so schnell wie möglich umzusetzen.

Das Treffen verurteilte ferner die gewaltsame Einnahme der Schutzzonen Srebrenica und Zepa durch die bosnischen Serben sowie die gegenwärtige Offensive gegen Bihac und die Drohungen gegen Gorazde. Das Verhalten der bosnischen Serben ist eine flagrante Verletzung der Menschenrechte der Bewohner der Enklaven und die Werte, für die die internationale Gemeinschaft steht.

Das Treffen verurteilte die abscheuliche Praxis der Geiselnahme und war erfreut zu hören, daß das niederländische Bataillon das Gebiet von Srebrenica heute hat verlassen dürfen. Das Treffen betonte, daß Drohungen gegen die Sicherheit des UN-Personals in Bosnien das nationale Interesse der truppenstellenden Länder berühren. Das Treffen warnte, daß Führer der bosnischen Serben für jeden dem UN-Personal zugefügten Schaden persönlich verantwortlich gemacht würden, was schwerwiegende Folgen hätte.

Und ich muß sagen, daß das Treffen auch angesichts der jüngsten Drohungen, die gegen ukrainisches Personal in der Zone Zepa durch bosnische Regierungstruppen gemacht worden sind, gleichermaßen besorgt war.

Den jetzigen Offensiven der bosnischen Serben und der fortdauernden Belagerung Sarajevos muß eine kräftige und schnelle Antwort erteilt werden. Sie mißachten Völkerrecht und die internationale Meinung. Daher warnte das Treffen, daß, um jeglichen Angriff auf Gorazde abzuschrecken, auf jede solche Aktion eine substantielle und entschiedene Antwort erfolgt.

Es gab starke Unterstützung dafür, den Einsatz von Luftmacht dazu einzuschließen, aber auch große Besorgnis darüber. Länder sind sich der mit dieser Vorgehensweise verbundenen ersten Gefahren bewußt. Wir betonten, daß die Vereinten Nationen nicht Krieg führen dürfen, sondern realistische und wirksame Abschreckungsmaßnahmen unterstützen müssen. Das Treffen machte gleichfalls klar, daß Schritte, soweit erforderlich, unternommen werden, die UNPROFOR-Kontingente zu verstärken oder mit Nachschub zu versorgen, auch unter Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe. Es bestätigte die Wichtigkeit des UNPROFOR-Mandats und der Präsenz in der Stadt Sarajewo und begrüßte die Entscheidung der britischen Regierung, ein Bataillon aus dem Einsatzgebiet dem UN-Kommandeur zu friedenserhaltenden Zwecken dort zur Verfügung zu stellen. Es unterstrich seine Entschlossenheit, den Zugang nach Sarajewo für die Lieferung von Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung und Nachschub für die UN-Streitkräfte zu sichern sowie seine Unterstützung für einen frühzeitigen Einsatz der schnellen Eingreiftruppe zum Schutze von UNPROFOR bei der Aufrechterhaltung des Zugangs für diese Lieferungen. Es begrüßte die Absicht der französischen Regierung, die bereits stationierten Einheiten der Schnellen Eingreiftruppe mit angemessen verstärkten Mitteln dazu auszustatten.

Während der letzten drei Jahre hat sich das UNHCR mit der Unterstützung der UNPROFOR um 2,7 Mio. Vertriebene (*displaced people*) in Bosnien gekümmert und den Bedürftigen einschließlich der aus ihren Häusern Vertriebenen humanitäre Grundhilfe geleistet. Schärftens verurteilte das Treffen die abstoßende Praxis der ethnischen Säuberung. Es bekräftigte entschieden seine Unterstützung für die lebenswichtige Tätigkeit des UNHCR, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und anderer humanitärer Organisationen, die sich der dringenden Bedürfnisse der Zivilbevölkerung annehmen, die unter den Folgen eines bruta-

len Kriegs leidet und von den bosnischen Serben mißbraucht und als Werkzeuge benutzt wird.

Es bestand auf sofortigem Zugang zu den männlichen Inhaftierten von Srebrenica für das UNHCR und das Rote Kreuz. Und es rief alle Seiten, insbesondere die bosnischen Serben, auf, sich zu kooperativem Verhalten gegenüber den humanitären Anstrengungen zu verpflichten und ihre Aufgaben und Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht einzuhalten.

Der Abzug der UNPROFOR hätte tragische Folgen für Bosnien und die Gesamtregion. Das Treffen unterstützte, daß die UNPROFOR trotz aller Schwierigkeiten ihre Rolle in Bosnien fortsetzt. Es hielt jedoch fest, daß UNPROFOR abziehen müßte, wenn das Waffenembargo aufgehoben wird. Der Abzug UNPROFORs hätte zur Folge, daß NATO-Pläne zum Schutz eines solchen Abzugs aktiviert werden müßten.

Soll UNPROFOR effektiv handeln, so müssen alle Seiten mit ihr zusammenarbeiten, alle Angriffe auf ihr Personal einstellen und aufhören, ihre Operationen, insbesondere die Stationierung der Schnellen Eingreiftruppe, zu hintertreiben. Alle Seiten sollten auch einem Waffenstillstand zustimmen.

Im Hinblick auf das Bedürfnis nach schnellem Fortschritt im politischen Prozeß habe ich bereits erwähnt, daß das Treffen den Bemühungen von Carl Bildt und Thorvald Stoltenberg im politischen Prozeß volle Unterstützung gewährt, die Dringlichkeit von Verhandlungen auf der Grundlage des Plans der Kontaktgruppe zwischen den [Kriegs]Parteien über die geographischen und konstitutionellen Aspekte einer bosnischen Lösung betont und wiederholt hat, daß gegenseitige Anerkennung zwischen Belgrad und Sarajewo, wenn sie erfolgt, ein erster Schritt in Richtung Anerkennung zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und aller Republiken des früheren Jugoslawien ist. Und das Treffen rief die Präsidenten Izetbegovic und Milosevic auf, auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung zwischen Belgrad und Sarajewo entscheidende Anstrengungen zu unternehmen, um die politische Lösung voranzutreiben.

Natürlich folgt, daß jede Maßnahme an anderer Stelle, die nach diesem Treffen nötig sein sollte, gemäß der etablierten Verfahren zu ergreifen ist.

Zum Schluß kann ich sagen, daß das Treffen festhielt, daß die Gründung der [kroatisch-bosnischen] Föderation ein wertvoller Beitrag zu politischer Stabilität und zur Suche nach einer dauerhaften Lösung war.

## **Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei**

### **Joschka Fischers Brief an Bündnis 90/Die Grünen**

(Wortlaut)

*Am 28. Juli äußerte Günter Verheugen im August-„vorwärts“, die Regierungskoalition habe „den demokratischen Konsens verlassen“. An seine Partei gerichtet, forderte der SPD-Bundesgeschäftsführer: „Es ist jetzt an der Zeit, die deutsche Außenpolitik streitig zu stellen.“ Noch ehe die politische Öffentlichkeit die Herausforderung so recht begriff, war die Äußerung schon verdrängt. Tage später jedenfalls konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf einen Brief Joschka Fischers. Der Vorsitzende der bündnisgrünen Bundestagsfraktion forderte darin seine Partei auf, sich damit vertraut zu machen, daß die UN-Schutzzonen militärisch verteidigt werden müßten. Oskar Lafontaine entgegnete in der „Frankfurter Rundschau“ vom 3. August*